

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 38 86 846 psbn d

## Inhalt

Robert Anretter MdB sieht in der 2. Direktwahl des Europäischen Parlaments die Chance, ein solidarisches Europa zu schaffen. Seite 1

Erwin Horn MdB äußert sich skeptisch über die MAO-"Reform"-Pläne von Minister Wörner. Seite 3

Fritz Gautier MdEP ist besorgt, daß die Bundesregierung mit Milliarden in Brüssel nationale Agrarsubventionen absegnen lassen will. Seite 4

Hans Büchler MdB erinnert an den 17. Juni 1953 und dessen Folgen für die deutsche Frage. Seite 6

Klaus Wettig MdEP würdigt Martin Schmidt zu seinem 70. Geburtstag: Dank und Anerkennung. Seite 8

39. Jahrgang / 114

15. Juni 1984

Wir brauchen eine Strategie der Hoffnung!

Zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments

Von Robert Anretter MdB  
Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats,  
Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union  
Baden-Württemberg

Jedermann weiß: zur politischen Einigung Europas gibt es keine vernünftige Alternative. Versuche, die wirtschaftlichen Strukturkrisen im nationalen Alleingang zu überwinden, sind chancenlos. Die Herausforderungen unserer Zeit - Sicherung des Friedens, Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen - sind nur zu bewältigen, wenn unserer Generation das historisch beispiellose gelingt: Wir müssen die EG als Friedensgemeinschaft erhalten und den europäischen Binnenmarkt als Sozialraum für alle Bürger gestalten. Die "Vereinigten Staaten von Europa" sind seit 1925 Programmteil der SPD.

Doch erst nach den bitteren Erfahrungen von Faschismus und Krieg folgten Schritte zur westeuropäischen Einigung. Die deutsche Teilung war auch ein Preis des geschichtlichen Versagens: Wer heute zur Einheit des deutschen Volkes kommen will, der muß für eine gesamteuropäische Friedensordnung kämpfen. Wir brauchen ein solidarisches, ein starkes Europa, das für die eigenen Interessen tatsächlich mit einer Stimme spricht. Die zweite Direktwahl des Europäischen Parlaments ist eine gute Chance dazu. Wir Sozialdemokraten appellieren an die Bürgerinnen und Bürger: Macht Europa stark!

Eine hohe Wahlbeteiligung ist die demokratische Quittung für die kleinkrämerische Blockade des Ministerrats. Dort verteidigen nach wie vor Industrie- und Agrarlobby ihre Machtpositionen. Die nationalen Bürokratien sperren sich

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Leadschreiber  
Informationen  
Anmeldung



gegen ein Europa der Bürger. Trotz aller Schwierigkeiten - seit 1979 hat die sozialistische Fraktion im Straßburger Parlament Fortschritte erreicht. Sozialdemokraten sorgten für mehr Geld zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Sie haben die soziale Absicherung arbeitslos gewordener Stahlarbeiter verbessert. Bei der Agrarpolitik wurden Kosten gesenkt. Der EG-Haushalt insgesamt wurde scharf kontrolliert und die Verwaltungspraxis der Kommission streng beobachtet - mit Einsparungserfolgen von fast drei Milliarden DM. Vor allem haben die Frauen der sozialistischen Fraktion für die Gleichstellung der Frau enormes geleistet. Umweltschutz ist zu einem europäischen Thema geworden.

Dagegen haben die Kohl-Konservativen wenig vorzuzeigen. Sie haben keine Antworten auf die Überlebensfragen der Gemeinschaft. Zwar fehlt es ihnen nicht an europäischen Sonntagsrednern. Doch die 13 Millionen Menschen, die in den Ländern der EG arbeitslos sind, verlangen zurecht eine Strategie der Hoffnung, eine Politik, die Mut zur Zukunft gibt.

Daher werden wir Sozialdemokraten nicht müde, immer wieder den europäischen Beschäftigungspakt zu fordern. Wir brauchen die praktische Umsetzung der von Sozialdemokraten und Gewerkschaften vorgeschlagenen Industriepolitik, die den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan aufnimmt, zugleich aber die kulturelle Einzigartigkeit europäischer Zivilisation mit ihren Gemeinschaftswerten behauptet. Wir brauchen einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel, der soziale Anpassungslasten an neue Produktionsbedingungen gerecht verteilt. Auch deshalb stehen wir ohne Wenn und Aber zur Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche: Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung. Die Menschen in den europäischen Ländern brauchen sichere Arbeitsplätze, mehr Mitbestimmung und eine humane Arbeitswelt. Dies alles ist nur gemeinsam "europäisch" zu erreichen. Das Konzept der SPD zur Selbstbehauptung Europas - mit Sicherheits- und Entwicklungspartnerschaft als umfassendes Koordinatensystem - liegt in Umrissen vor.

Europa braucht nach innen und nach außen eine Strategie der Hoffnung. Denn wir gewinnen die Zukunft nur dann, wenn wir die menschliche Vernunft mobilisieren - und mutig vorwärtsgehen.

(-/15.6.1984/ks/va)

+ + +



Etikettenbastelei

Wörners MAD-"Reform" stößt bei uns auf große Skepsis

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß

Nach Auffassung der SPD-Fraktion reichen die von Verteidigungsminister Wörner angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) nicht aus, um zu einer nachhaltigen und dauerhaften Verbesserung in diesem Nachrichtendienst zu kommen.

Die Sozialdemokraten begrüßen zwar, daß der Verteidigungsminister eine Reihe von Vorschlägen der Höcherl-Kommission und des Untersuchungsausschusses Wörner/Kießling aufgegriffen hat. Insbesondere die Absicht, den MAD unmittelbar einem Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu unterstellen und ihm einen Arbeitsstab zuzuordnen, kann eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Dienstaufsicht über den MAD sein. Für völlig unzureichend hält die SPD-Fraktion jedoch die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur im MAD. Ein Personalaustausch mit dem anderer Nachrichtendienste oder Bundesbehörden, wie er vom Untersuchungsausschuß Wörner/Kießling gefordert worden ist, soll offenbar nicht erfolgen. Zu der dringend erforderlichen Verbesserung der Ausbildung der MAD-Angehörigen hat der Verteidigungsminister offenbar noch keinerlei präzise Vorstellungen.

Die Absicht, den MAD künftig von einem Generalmajor - statt wie bisher von einem Brigadegeneral - führen zu lassen, wird von der SPD-Fraktion mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Der Fall des Generals Kießling hat gezeigt, daß schlimme Fehler gerade von der MAD-Spitze gemacht worden sind. Nicht die Höhergruppierung der Leitung sondern eine bessere Kontrolle des MAD ist entscheidend.

Pure Etikettenbastelei ist es, wenn die bisherige zentrale Dienststelle des MAD, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr, in "MAD-Amt" umbenannt wird. Es ist nicht erkennbar, daß der Austausch von Haustürschildern etwas an den Verhältnissen im MAD ändern könnte.

(-/15.6.1984/ks/va)

+ + +



Kohls teurer Brief an Gaston Thorn

Ein Deal -der 20 Milliarden kosten kann

Von Fritz Gautier MdEP

Kanzler Kohl hat mit kräftiger Unterstützung von Strauß und Stoltenberg den Bauern jährliche Subventionen von über drei Milliarden DM versprochen. Die protestierenden Bauern sollen mit diesem Geschenk gefügig gemacht werden. Sie möchten ihr Kreuz auf dem Europa-Wahlzettel doch bitte dort machen, wo sie es üblicherweise zu tun pflegen: bei der CDU oder CSU.

Bauern und Steuerzahler sollen verschaukelt werden. Deshalb ist Vorsicht geboten. Deshalb sollte jeder sich klar machen, welches Milliardenenspiel ohne Netz und Boden hier geboten wird.

Die Einsicht ist allgemein, daß Minister Kiechle die Interessen der deutschen Bauern in Brüssel schlecht vertreten hat. Durch Milchkontingente, durch Abbau des deutschen Grenzausgleichs und durch unmittelbare Preissenkungen hat Kiechle persönlich die drastischen Einkommensverluste zu verantworten. Der bayerische Ex-Milchbauer habe, so verkündet er jetzt, in Brüssel die Hand gehoben, ohne die Folgen seines Tuns zu übersehen. Das schon disqualifiziert den Minister. Schlimm aber ist, daß die deutschen Steuerzahler die Folgen tragen sollen. Und zwar in doppelter Weise: Zunächst einmal wollen Union und FDP über eine Erhöhung der sogenannten Umsatzsteuerpauschale den Bauern mit drei Milliarden DM pro Jahr helfen. Wie das Geld verteilt wird, ist allein schon ein Skandal. Es sind nämlich die großen, umsatzstarken Betriebe, die als Gewinner dastehen werden. Sie werden ihren jetzt schon stattlichen Gewinn teilweise mit einem Schlag verdoppeln. Was für die kleinen und mittleren Betriebe übrig bleibt, reicht weder zum Leben noch zum Sterben.

Skandal Numero 2 aber ist, was bisher nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen wird. Und das ist der in Brüssel für den deutschen Alleingang zu zahlende Preis.

Was steckt dahinter? Die Milliarden-Wahlhilfe der Union für die Bauern ist nicht mit EG-Recht vereinbar. Brüssel kann die ganze Sache noch kippen. Aber Brüssel will erst nach der Europa-Wahl am 17. Juni entscheiden. Wenn's schiefliegt, haben



die Bauern - so das Kalkül der Union - ihr Kreuz längst an der richtigen Stelle gemacht.

Viel schlimmer aber ist, daß Kohl einen Brief an den Kommissionspräsidenten Thorn geschrieben hat, in dem er sich als deutscher Kraftmeier gebärdet. Stimmt ihr unserem rechtswidrigen Milliardenprogramm nicht zu, so seine Drohung, gibt's von uns kein zusätzliches Geld für die EG-Kasse. Dieser Spruch wird zum teuersten Selbsttor des Jahres. Er wird Folgekosten in Milliardenhöhe nach sich ziehen.

Denn Kommission und andere EG-Länder wollen mehr Geld für den leergefegten Brüsseler Haushalt. Die Deutschen und die Briten waren bisher die Bremser. Doch niemand mehr in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten sieht Stoltenberg in der Bremserrolle. Wer von heute auf morgen für seine Bauern drei Milliarden Mark lockermachen kann, wird wohl auch für Brüssel zusätzliche Milliarden überhaben. Und so könnte es laufen: Kohl kriegt auf dem nächsten EG-Gipfel eine faden-scheinige Zustimmung für seine Bauernsubventionen und zahlt dafür. Vielleicht eine stärkere Mehrwertsteuer-Anhebung, statt auf 1,4 Prozent gleich auf 1,6 Prozent zum 1. Januar 1986. Das macht pro Jahr zusätzlich zwei Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt. Damit nicht genug. Auch Margret Thatcher will zufriedengestellt werden. Ihre bisher nicht gedeckten Ausgleichsforderungen können ja die reichen Deutschen zahlen. Unterm Strich könnten da pro Jahr noch einmal 400 bis 500 Millionen DM Zusatzzahlungen herauskommen.

In den nächsten fünf Jahren kann sich damit das Wahlgeschenk auf Mehrkosten von 16 auf 20 Milliarden DM aufsummieren. Wahrhaft ein teurerer Brief, den Herr Kohl da an den Kommissionspräsidenten geschrieben hat.

(-/15.6.1984/ks/va)

+ + +



Die deutsche Nation ist eine Realität

Anmerkungen zum 17. Juni 1953 und seinen Folgen

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Der 17. Juni bietet erneut Anlaß, sich der Auflehnung von Bürgern der DDR gegen Gewalt, Unrecht und Unfreiheit zu erinnern und daran, daß diese Auflehnung gescheitert ist.

Am 17. Juni 1953 entwickelte sich aus einem spontanen Streik der Bau- und Industriearbeiter ein Aufstand, der in die Forderung nach Einheit und nach freien Wahlen mündete. Er wurde gewaltsam niedergeschlagen. Eines seiner Ergebnisse war die Stärkung derjenigen, gegen die protestiert worden war. Im Gegensatz zu den Wünschen der Protestierenden markiert der 17. Juni auch einen der Einschnitte, nachdem die Trennung verdeutlicht worden ist. Mit der Gründung beider deutscher Staaten im Jahre 1949 begann diese Entwicklung, nach dem 17. Juni 1953 setzte sie sich in vielen Schritten zusätzlicher Abtrennung bis zu dem Höhepunkt am 13. August 1961 fort und fand auch damit noch nicht ihr Ende.

Seit dem Beginn der 70er Jahre sind auf der Grundlage der damals begonnenen Vertragspolitik mit der DDR und anderen ost-europäischen Staaten Entwicklungen in umgekehrter Richtung möglich geworden. Neben dem Trennenden gibt es millionenfache Begegnungen der Menschen in beiden deutschen Staaten, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen stärken.

Zweifellos sind wir von den in Artikel 1 des Grundlagenvertrages angestrebten "normalen gut nachbarlichen Beziehungen" noch entfernt. Daß der Grundlagenvertrag und die vielfältigen anderen Vereinbarungen und Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auch den Belastungen durch die sehr schlechten Beziehungen zwischen den Großmächten und dem Regierungswechsel in Bonn standgehalten haben, beweist ihre Tragfähigkeit. Der jetzige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat anerkannt, daß die Kommunikation - er meint die wiedergewonnenen Möglichkeiten der Deutschen, sich zu besuchen, Touristenreisen in die DDR zu unternehmen, ohne technische Behinderungen miteinander zu telefonieren und die zahlreichen



Gespräche, die auf der Ebene von Gewerkschaften, Schriftstellern, Wissenschaftlern, der Wirtschaft und zwischen Parlamentariern aus dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR existieren - erheblich zur Stärkung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls beiträgt.

Das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist eine Realität. Die Existenz besonderer deutscher Interessen wird in gleicher Weise in der DDR wie in der Bundesrepublik Deutschland erkannt. Mit Ausnahme von Gruppen, die die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 erträumen und mit denen sich der Deutsche Bundestag kürzlich anlässlich einer Plenarreise von Unionspolitikern befassen mußte, ist das nationale Bewußtsein nicht nationalistisch. Es geht heute nicht mehr darum, die deutsche Nation über andere Nationen zu erheben, ihren territorialen Einfluß zu vergrößern und was immer für schädliche und deshalb verwerfliche Forderungen und Handlungen im Namen der deutschen Nation existiert haben. Besonders deutsches Interesse ist heute, den Frieden zu sichern, indem man Verständigung mit allen Nachbarn in Europa sucht.

Deutschlandpolitik ist damit Friedenspolitik, die sehr eng in den europäischen Rahmen eingebettet ist.

Es ist daher auch kein Unglück, sondern ein aufschlußreiches, wenn auch nicht absichtlich herbeigeführtes Symbol, das in Westeuropa am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, das Europäische Parlament neu gewählt wird. (-/15.6.1984/va/fr)

+ + +



Martin Schmidt wird 70  
-----

Dank und Anerkennung für eine große Lebensleistung

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des EP-Landwirtschaftsausschusses

Martin Schmidt wird seinen 70. Geburtstag am 16. Juni vermutlich als Abschluß seines Einsatzes im Europawahlkampf feiern. Denn Martin Schmidt ist auch mit 70 Jahren noch aktiver Politiker, aktiver und immer erfolgreicher Wahlkämpfer und aktiver Landwirt noch dazu - Nebenerwerbslandwirt sozusagen.

Der 1914 in Gassen in der Niederlausitz geborene Sohn eines konservativen Landwirts und Politikers knüpfte während seiner Berliner Gymnasialzeit erste Kontakte mit Sozialdemokraten. 1946 wird Martin Schmidt Mitglied der SPD, nicht zuletzt auch wegen des engagierten Einsatzes von Kurt Schumacher für die Einheit der deutschen Nation.

Die theoretischen und praktischen Kenntnisse (1939 Promotion zum Dr. agr. und seit 1945 Tätigkeit als Landwirt) Martin Schmidts machten ihn schnell zum unentbehrlichen Fachmann auf der politischen Bühne. 1947 beginnt er seine politische Arbeit als Assistent der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat der Vereinigten Wirtschaftsgebiete. In den ersten Deutschen Bundestag wird er mit 35 Jahren als einer der jüngsten Abgeordneten gewählt. Bereits Anfang 1950 hält er seine erste agrarpolitische Rede vor dem Bundestag und gewinnt schnell entscheidenden Einfluß auf die Agrarpolitik der SPD. Bereits Ende der 50er Jahre ist Martin Schmidt agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Zwei Jahre (1958 bis 1960) Mitgliedschaft im Europäischen Parlament vermitteln ihm hinreichende europapolitische Erfahrung, um in den Auseinandersetzungen um die Einführung der EG-Agrarpolitik immer wieder energisch auf die europäische Karte zu setzen und auf die Überwindung kurzfristiger nationaler Interessen zu drängen.

Ende der 60er Jahre ist Martin Schmidt der Agrarfachmann im Deutschen Bundestag, und er wird 1969 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewählt. Dem gleichnamigen Ausschuß beim Parteivorstand der SPD steht er ebenfalls vor. Gleichzeitig wird ihm der Vorstandsvorsitz des Absatzförderungsfonds der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft übertragen. Alle diese Funktionen übt Martin Schmidt bis heute aus.

Bereits Anfang der 50er Jahre hat sich Martin Schmidt für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft eingesetzt. In den letzten 30 Jahren war es stets Ziel seiner Politik, den strukturellen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft zu fördern, gleichzeitig aber soziale Ausgleichsmaßnahmen zu entwickeln, um die von diesem Prozeß Betroffenen zu unterstützen. Martin Schmidt vertritt damit eine Agrarpolitik, die auch in der Landwirtschaft einen Strukturwandel hin zu sich selbst tragenden, wettbewerbsfähigen Betrieben für erforderlich hält. Eine Politik allerdings, die die davon betroffenen Menschen nicht im Stich läßt. Diese Politik ist auch heute noch richtig, denn nur sie sichert langfristig landwirtschaftliche Arbeitsplätze, ohne den Arbeitnehmern auf Dauer ständig steigende Subventionen für die Landwirtschaft abzuverlangen. Als Beleg für die Richtigkeit dieser Politik mag auch dienen, daß Martin Schmidt in seinem vorwiegend ländlichen Wahlkreis in mehr als 30 Jahren immer große Zustimmung gefunden hat. Bis auf ganz wenige Ausnahmen konnte er seinen Wahlkreis immer direkt gewinnen.

Seinen 70. Geburtstag wird Martin Schmidt mit Freunden und den Bürgern seiner Heimatgemeinde feiern. An Anerkennung für seine mit Leidenschaft und Durchsetzungskraft betriebene Arbeit wird es nicht fehlen. Wir danken ihm dafür und hoffen auch weiter auf sein Engagement und seine Erfahrung.

(-/15.6.1984/ks/va)

+ + +

